

Resolution

Aus einem Gewehrlauf kommt kein Frieden

Alle Kriege entstehen nach der gleichen Methode

Die 1. Maßnahme

Es werden große Mengen an Kriegsmaterial hergestellt. Dazu braucht man viele Arbeiter, Männer und Frauen. Sie werden gut bezahlt...

Die 2. Maßnahme

Vor Ausbruch des Krieges werden über das Land, daß militärisch überfallen werden soll, unglaubliche Lügen verbreitet. Im Volke bekannte Regierungsvertreter berichten über schreckliche Gewalttaten, die dutzende Tote, besonders Frauen und Kinder, verursachten...In jedem Krieg wird Tag für Tag unglaublich gelogen....

Kurt Kretschmann- Gedichte gegen den Krieg

Friedlich und gerecht in der Welt. Nein zum Krieg!

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Rostocker Friedenskonferenz bekräftigen, dass

- Krieg endlich aufhören muss, ein Mittel der Politik zu sein - jeder Krieg bedeutet Entmenschlichung der Politik
- Menschenrechte universell und unteilbar sind
- das Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen Prinzip und Grundlage der internationalen Beziehungen sein muss

Wir leben in *einer* Welt. Wir können darin nur mit-, nicht gegeneinander leben. Das verlangt vor allem, die erdumspannende Gefährdung der Umwelt, Hunger, Unterbeschäftigung und Unterentwicklung, Krieg und Gewalt zu überwinden.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Rostocker Friedenskonferenz fordern daher einen generellen politischen Kurswechsel hin zu einer konsequenten Friedenspolitik. Deutschland soll sich weder an bewaffneten Konflikten und Kriegen beteiligen, noch diese direkt oder indirekt unterstützen.

Frieden schaffen ohne Waffen: Rüstungsexporte verbieten, Abrüstung vorantreiben!

Die Bundesrepublik wendet im Bundeshaushalt 2013 für „Verteidigung“ mehr Geld auf als für Bildung und Forschung, Gesundheit sowie Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung insgesamt aus.

Die Bundesrepublik ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. 135 Länder stehen auf der Empfängerliste deutscher Rüstungsexporte. Für rund sieben Milliarden Euro wurden Genehmigungen für Rüstungsexporte erteilt.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Rostocker Friedenskonferenz fordern daher ein Verbot aller Rüstungsexporte.

Für die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie müssen durch Konversionsprogramme alternative Arbeitsplätze geschaffen werden. Finanzielle Mittel, die bislang in die Rüstungsforschung und Rüstungsentwicklung flossen, sind dafür die Entwicklung und Umsetzung dieser Konversionsprogramme einzusetzen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Rostocker Friedenskonferenz fordern eine Neuregelung der Lastenverteilung der Konversionsaufwendungen auf kommunaler Ebene. Die Konversionsinstrumente müssen dynamisiert und neu ausgestaltet werden. Das betrifft soziale Maßnahmen zur Personalanpassung ebenso wie die Kompensation des Wirtschaftsfaktors Bundeswehr und die Bewältigung der zivilen Umnutzung von Liegenschaften.

In einem Bundeskonversionsgesetz ist ein funktionsfähiger, steuerbarer und finanzierbarer Regelmechanismus zu definieren.

Friedlich und gerecht in der Welt. Nein zum Krieg!

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Rostocker Friedenskonferenz richten diese Erklärung als „Wahlprüfstein“ an die Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl am 22. September 2013.

Krieg und Gewalt müssen beendet werden, um allen Menschen ein Leben in Frieden und Würde zu ermöglichen. Dieser Verantwortung müssen Politikerinnen und Politiker bewusst sein, wenn sie unsere Interessen im Bundestag vertreten wollen.